

Zeit für Protest

Parteizeitung der REPUBLIKANER – Ausgabe April 2008 (Nr. 04/08)

Die SPD muß sich entscheiden: Will sie eine demokratische Partei bleiben, oder strebt sie eine Neuauflage der „Sozialistischen Einheitspartei“ der alten „DDR“ an?

Durch den anhaltenden Richtungsstreit über den Umgang mit der extremistischen „Linken“ ist die SPD auf dem besten Weg, sich aus dem Kreis der anständigen Demokraten zu verabschieden. Wer weiß künftig schon, ob er nicht die Kommunisten mitwählt, wenn er der SPD seine Stimme gibt?

Die neue SED

Wie die Sozialdemokratie diese neue Volksfront mit Stasi-Alt Kadern und linksextremen Sektierern mit der Erinnerung an die eigenen Opfer des kommunistischen Terrors und der Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED ausmachen, ist eine Sache. Daß führende Sozialdemokraten zentrale Verfassungsgrundsätze – wie die Unabhängigkeit des nur seinem Gewissen verantwortlichen Abgeordneten – infrage stellen, wenn eine gewählte hessische Landtagsabgeordnete wie Dagmar Metzger, die die Spielchen der Frau „Tricksilanti“ auf dem Weg zur Macht nicht mittragen will, zum Verzicht auf ihr Mandat genötigt werden soll, geht uns alle an.

Blanke Machtgier hat die SPD in die totale Orientierungslosigkeit geführt. Die Kommunisten der sogenannten „Linken“ werden von dieser Schwäche noch weiter profitieren.

Deutschland braucht mehr denn je ein demokratisches konservatives Gegengewicht. Macht den rechten Flügel stark, damit Deutschland stabil bleibt!

SPD

NEU



Bayern:

Republikaner im Aufwind

Sie können es nicht:

Die Stoiber-Erben Pat und Patachon alias Parteichef Erwin Huber und Ministerpräsident Günther Beckstein haben bei den bayerischen Kommunalwahlen das schlechteste CSU-Ergebnis seit langem eingefahren.

Dagegen verspüren die Republikaner ein halbes Jahr vor der Landtagswahl deutlichen Aufwind.

So konnte die rechtsdemokratische Partei in zahlreichen Kommunalparlamenten Mandate hinzugewinnen. Überall, wo die Republikaner mit hohem Einsatz und engagierten Kandidaten antraten, konnten sie gute bis sehr gute Ergebnisse erzielen. Persönliche Stimmenanteile von über zwanzig Prozent im unmittelbaren Umfeld der Kandidaten waren keine Seltenheit. Die Huber-Beckstein-Truppe hat sich dagegen ihre Watschen mit ihrem unprofessionellen Herumeiern in politischen Fragen, die für die Bürger von zentraler Bedeutung sind – Beispiel Rauchverbote in Gaststätten – redlich verdient. Die Zeit ist offensichtlich reif für eine rechte demokratische Alternative in Bayern, die von konservativen Werten, Heimatverbundenheit und nationalem Interesse nicht nur redet, sondern ihre Überzeugungen auch vorlebt.

Republikaner nicht mehr im Verfassungsschutzbericht

Selbst in Bayern konnten Innenministerium und Verfassungsschutz nicht mehr an den Tatsachen vorbei: Die Republikaner sind keine extremistische Partei und haben mit Neonazis nichts zu tun – deswegen gehören sie nicht in den VS-Bericht.



Dr. Rolf Schlierer,
Bundesvorsitzender der Republikaner

Um sich eine peinliche Niederlage vor Gericht zu ersparen, verzichten die Verantwortlichen auf die Auflistung der Republikaner im aktuellen bayerischen Verfassungsschutzbericht. „Der klare Kurs der Partei und die konsequente Abgrenzung von allen Kräften, die nicht auf dem Boden der Verfassung stehen, hat sich bewährt“, sagte der Landesvorsitzende der bayerischen Republikaner Johann Gärtner zu diesem überfälligen Schritt.

Damit stehe den Bürgern zur bevorstehenden Landtagswahl in Bayern eine rechte, demokratische und rechtstreue Opposition zur Wahl, die als Grundgesetzpartei fest auf dem Boden der Verfassung steht und eine klare Gegenposition zur schleichenden Aushöhlung unseres demokratischen Rechtsstaates durch Parteienwillkür und Multikulturalismus bezieht.

Auch in Baden-Württemberg werden die Republikaner nicht mehr als „extremistische Partei“ gelistet. Der Landesvorsitzende Ulrich Deuschle geht davon aus, daß die Verantwortlichen bei den anderen demokratischen Parteien und in den Medien daraus Konsequenzen ziehen und überholte Ausgrenzungsmechanismen aufgeben werden. Die Liste der Verfassungsschutzberichte, in denen die Republikaner nicht mehr diffamiert werden, wird fortgesetzt.

Kommentar ...

Schäubles Islamisten- Show



Nett, daß wir mal wieder drüber geredet haben. Mehr ist auf der dritten Islam-Konferenz des Bundesinnenministers nicht herausgekommen. Aus deutscher Sicht jedenfalls.

Die muslimische Seite konnte dagegen zufrieden sein: Sie kann die Zusage für flächendeckenden islamischen Religionsunterricht an staatlichen Schulen mit nach Hause nehmen, für mehr Moscheen und Muslim-Friedhöfe und für Ausländerquoten in den Medien.

Lauter alte Forderungen der Islam-Lobby, die jetzt erfüllt werden sollen – gegen den klaren Willen einer breiten Mehrheit der Deutschen.

Als Gegenleistung gab's nicht mal eine Selbstverständlichkeit: Das Bekenntnis der Islam-Verbände zu Grundgesetz und rechtsstaatlichen Werten kam nur spät und widerwillig.

Besonders fatal ist das Zugeständnis einer „Koordinationsstelle“ für die „Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Muslimen und den Sicherheitsbehörden“. Damit wird nur die Autorität von Polizei und Justiz untergraben und dem Bestreben der von der türkischen Regierung kontrollierten Verbände Vorschub geleistet, in Deutschland einen Staat im Staate zu etablieren.

Schäubles „Islamkonferenz“ dient nicht der „Integration“, sondern der schleichenden muslimischen Machtergreifung. Sie ist ein gefährlicher Irrweg, der schleunigst verlassen werden muß.

Die Antifa-CDU

Mag sein, daß die CDU in Umfragen derzeit vor der SPD liegt. Gesellschaftspolitisch treiben dafür die Roten die Schwarzen vor sich her. Nirgends wird das so deutlich wie bei den ausufernden Programmen „gegen Rechtsextremismus“.

Daß im Koalitionsvertrag mal davon die Rede war, „jede Form von Extremismus, auch von links“ zu bekämpfen, weiß bei der CDU wohl kaum noch wer. Seit die CDU die Kanzlerin stellt, wurden lediglich rot-grüne Klientelprogramme verlängert und aufgestockt und neue gleich mit dazu aufgelegt.

Der Union macht es dabei nichts aus, erwiesene Linksextremisten mit Steuergeldern zu alimentieren. Daß diese staatlich geförderten „Extremismus-Experten“ den Kampf „gegen rechts“ keineswegs nur gegen Extremisten führen wollen, sondern gegen alles Nicht-Linke und Bürgerliche, also letztlich auch gegen CDU und CSU selbst, ist nur der Gipfel der Schizophrenie. Falls die Union überhaupt noch „bürgerlich“ ist.

Beim Linksextremismus duckt sie sich weg, mit Islam-Fanatikern trifft sich ihr Innenminister auf der Islam-Konferenz – eine Politik, die die Grundwerte unseres Rechtsstaats verteidigt, sieht anders aus.

Manipulierte Statistik

Die Jubelmeldungen überschlagen sich: Monat für Monat feiert die Bundesagentur für Arbeit, und mit ihr die Bundesregierung, daß die Arbeitslosenzahlen schon wieder gesunken sein sollen. Wirklich?

Tatsächlich gibt es mindestens 3,2 Millionen Bezieher von Arbeitslosengeld, die in der Statistik gar nicht als arbeitslos geführt werden: Umschüler, Krankgeschriebene, Arbeitslose über 58 Jahre, die einfach als „nicht mehr zur Verfügung stehend“ aus der Statistik gestrichen wurden. Über die Hälfte der 5,3 Millionen „erwerbsfähigen Hilfesuchenden“, nämlich 2,85 Millionen, gelten offiziell nicht als arbeitslos.

Im Klartext: Auch Schwarz-Rot hat die Arbeitslosigkeit nicht im Griff. Gelöst sind die Probleme allenfalls auf dem Papier. Besonders alarmierend: Die Zahl der „Aufstocker“, die Hartz-IV-Leistungen beziehen, weil Lohn und Gehalt nicht zum Leben reichen, wächst rapide.

Der Statistik-Schwindel soll darüber hinwegtäuschen, daß die Politik den Menschen nicht mehr genug zum Leben läßt. Das muß sich ändern.



Schnüffler holen sich blutige Nase

Nicht auszudenken, wieviel Murks unsere hochbezahlten Politiker in Bund und Ländern anrichten würden, wenn es das Bundesverfassungsgericht nicht gäbe.

Gleich mehrmals ist Karlsruhe in den letzten Wochen den Verfechtern des Schnüffelstaates in die Parade gefahren. Die Urteile zur „Online-Durchsuchung“ und zur Vorratsdatenspeicherung sagen viel über die Arroganz der Politik im Umgang mit ihren Bürgern.

Die Verfassungsrichter bestätigen das Recht des Staates zu Überwachungsmaßnahmen, aber sie erinnern daran, daß diese die Ausnahme sein müssen und nicht die Regel, und daß Einschränkungen der Freiheit der Bürger nur bei konkretem Verdacht und bei Einhaltung strenger Regeln zulässig sind.



Die Schäubles dieser Republik vergessen das nur zu gerne. Um so wichtiger ist die Kontrolle der Mächtigen durch unabhängige Institutionen und durch eine starke Opposition.

Enteignung der Mittelschicht

Die Mittelschicht schrumpft. Die Durchschnittsverdiener werden immer weniger – von 62 Prozent im Jahr 2000 ist ihr Anteil auf 54 Prozent geschrumpft. Gleichzeitig ist die Zahl der Niedrigverdiener stark gestiegen, von weniger als ein Fünftel auf mehr als ein Viertel. Der Anteil der Spitzenverdiener ist auch gestiegen, aber nur geringfügig.

Der Abstieg geht also schneller und geschieht öfter als der Aufstieg. Die hohe Abgabenlast hält die leistungstragende Mittelschicht im Würgegriff. In kaum einem OECD-Industrieland ist die Abgabenlast auf die Arbeitskosten höher als in Deutschland – 52 Prozent. Das trifft vor allem die unteren und mittleren Einkommen; bei hohen Verdiensten nimmt die Belastung wieder ab, weil sie nicht in alle Zwangsabgabensysteme einbezogen sind. Deutschland ist der drittgrößte Sozialstaat der Welt, fast ein Drittel des Bruttoinlandsprodukts wird für Sozialausgaben umverteilt. Das unsoziale deutsche Steuersystem fängt immer mehr Durchschnittsverdiener in der Progressionsfalle: Sie müssen prozentual immer mehr bezahlen, obwohl sie oft gerade mal einen Inflationsausgleich erhalten.

Hier Abhilfe zu schaffen hat der Staat selbst in der Hand: Indem er weniger einkassiert und umverteilt. Dafür setzen sich die Republikaner ein, weil es mehr bewirkt als immer aufs neue wuchernde bürokratische Strukturen.

Pfuscher mit der Pflege

Das war wieder mal eine Lösung nach schwarz-rottem Geschmack:
Die Pflegeversicherung darf mehr Geld verteilen und dafür werden die Beiträge erhöht.



Und den Sozialdemokraten zuliebe wird auch noch die Bürokratie weiter aufgebläht – mit sogenannten „Pflegestützpunkten“, die auf Wunsch der Länder eingerichtet werden können, um die „Beratung“ zu verbessern. Macht nochmal mindestens 60 Millionen Euro.

Die Bürger sollen also wieder mal mehr zahlen, ohne daß die grundlegenden Probleme der Pflegeversicherung gelöst wären. Dem demographischen Wandel ist sie durch eine Beitragserhöhung, die größtenteils gleich wieder verfrühstückt wird, nämlich kein bißchen besser gewachsen.

Wenn künftig immer weniger Leistungsträger immer mehr Ältere und Pflegebedürftige versorgen müssen, können die Zusatzlasten nur durch die Bildung eines Kapitalstocks aufgefangen werden, der entsprechende Erträge abwirft. Das fordern die Republikaner schon seit Jahren. Aber dafür fehlte den Großkoalitionären wieder mal der Mut.

Kommentar ...

Zocker schreien nach dem Staat



Der Markt kann das alleine, der Staat soll sich raushalten – das erzählen uns die Chefvolkswirte der großen Banken gerne, wenn alles gut läuft für sie. Aber wehe, die Finanzgenies haben sich mal verzockt: Dann soll der Staat mit Milliardenhilfen vom Steuerzahler einspringen, um sie aus der Patsche zu ziehen.

Sogar Josef Ackermann glaubt nicht mehr, daß die Banken die wahrscheinlich größte internationale Finanzkrise seit dem zweiten Weltkrieg noch alleine in den Griff bekommen können, und ruft nach dem vielgeschmähten Vater Staat. Jahrelang hat man munter gezockt mit riskanten Papieren aus aller Welt. Jetzt, wo die Party vorbei ist, soll der Steuerzahler die Zeche zahlen.

Ein privater Häuslebauer oder ein Mittelständler, der sich verrechnet oder verspekuliert hat, geht in der Regel einfach pleite. Banker mit Millionengehältern nehmen dagegen für ihre Fehler die Allgemeinheit in Anspruch. Die sozialistische Lösung, nach der Verstaatlichung der Finanzinstitute zu rufen, dürfte das Problem eher noch verschärfen. Schließlich waren es die politisch kontrollierten Banken in Deutschland, die sich am größten verzockt haben.

Notwendig ist aber ein generelles Umsteuern in der Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik. Nicht die Pöppelung internationaler Kapitalgesellschaften, sondern die Unterstützung der heimischen mittelständischen Unternehmer muß künftig im Mittelpunkt stehen.

Dafür setzen sich die Republikaner ein – im nationalen Interesse

Respekt vor dem Leben?

Schade, daß Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Böhmer so schnell eingeknickt ist. Als Gynäkologe in „DDR“-Krankenhäusern wußte er zweifellos, wovon er sprach, als er eine Parallele vom staatlich geförderten massenhaften Abtreibungsunwesen in der sozialistischen Diktatur zu der „leichtfertigeren Einstellung zum werdenden Leben“ zog, die sich auch in den sich häufenden Fällen von Kindstötungen äußert.

Die Diskussion wäre es wert gewesen, sie zu führen. Jede Abtreibung tötet ein Kind, da mag Frau Roth noch so sehr aufheulen. Wer es ganz normal findet, ungeborene Kinder zur Familienplanung oder aus persönlicher Bequemlichkeit zu töten, warum sollte der prinzipielle Hemmungen bei geborenen Kindern haben? Und wie erklärt man die gerade in Grünen-Kreisen verbreitete Schizophrenie, sich strikt gegen jegliche Embryonenforschung zu stellen, aber das vermeintliche „Recht auf Abtreibung“ für unantastbar zu erklären und sogar noch ausweiten zu wollen?

Wolfgang Böhmer hatte nur in einer Hinsicht unrecht:
Der mangelnde Respekt vor dem menschlichen Leben ist kein spezifisches „DDR“-Erbe.



Acht Wochen alter Embryo: Bei jeder Abtreibung stirbt ein Kind

Schwarzgrün ist die Beliebigkeit



Die CDU hat's geschafft: Nach Abschaffung aller konservativen Themenreste hat sie nun endlich kein Programm mehr, das sie von anderen unterscheidet, und kann sich mit jedem verbünden, egal wie links er steht. Jetzt kommt also Schwarz-Grün in Hamburg, und in anderen Bundesländern steht die CDU auch schon in den Startlöchern.

Vor 25 Jahren warnte die CDU in wütenden Broschüren noch vor Terroristenfreunden, Gewaltbereiten und Rechtsstaatsfeinden bei den Grünen – heute koalitiert sie selbst mit ihnen. Mal sehen, wie lange es dauert, bis die Union sich mit den Kommunisten zusammenschließt, um nur ja nicht die Macht zu verpassen. Heute kämpft die Grünen-Jugend schon für die Abschaffung des Inzest-Verbots und kennt auch sonst keine Tabus. Die Union offensichtlich auch nicht mehr.

Die kommunistische extreme „Linke“ etabliert sich, die SPD rennt ihr hinterher, die Union schließt nach links auf und macht auf sozialdemokratisch. Deutschland braucht dringend eine demokratische Alternative auf der Rechten, damit konservativ denkende Wähler nicht vollends heimatlos werden.
Deutschland braucht die Republikaner, und zwar jetzt.

Demokratiefeinde im EU-Parlament

So viel hält man also im Europäischen Parlament vom Wählerwillen: Sollten die Iren bei einer Volksabstimmung den EU-Vertrag ablehnen, hat das EU-Parlament vorsorglich schon mal beschlossen, diese Entscheidung dann zu ignorieren.

Mit satter Dreiviertelmehrheit schmetterten die Straßburger EU-Abgeordneten einen Antrag zum Bericht über den Lissabon-Vertrag ab: Das Europaparlament solle sich verpflichten, „das Resultat des Referendums in Irland anzuerkennen“. Ein klares Signal an die Iren, und nicht nur an dieses Volk: **Eure Meinung interessiert in Europa nicht.**

Die Selbstbeweihräucherung des Parlamentspräsidenten Hans-Gert Pöttering anlässlich der Abstimmung über den Lissabon-Vertrag klingt da wie Hohn: „Sie haben mit überwältigender Mehrheit dem Reformvertrag zugestimmt. Dies ist der Ausdruck des freien Willens der Völker, die Sie vertreten.“ **Höchste Zeit, daß all jene Deutschen, die mit dem schleichenden Verlust ihrer Souveränität an arrogante Eurokraten nicht einverstanden sind, endlich eine Vertretung im EU-Parlament erhalten. Die Republikaner stehen zur nächsten Europawahl bereit.**

Satire

Michel meint...



Bei uns in Deutschland, da tut sich was,
ein jeder glaubt, es sei nur ein Spaß
zu tun, was ihm allein behagt,
es gebe nichts, das ihm versagt.
Doch aufgemerkt, man muß drauf achten,
gewisse Regeln zu beachten,
dem Charakter heißt es Tschüss zu sagen,
als einem Relikt aus früh'ren Tagen,
gilt's doch mit Mammons Segen
möglichst schnell Profit erleben.
Dies gilt allüberall,
selbst beim Sport ist dies der Fall.
Traurig ist, was man da sieht,
ein jeder macht, was ihm beliebt.
Und um davon dann abzulenken,
gibt man oftmals zu bedenken,
man lebe doch in einem freien Land,
und dabei gibt's halt allerhand.
Es mag schon sein, doch ist's genug,
von all dem Krampf und Lug und Trug.
Manchmal ist man gar geneigt,
daß man genervt den Vogel zeigt,
denen, die den Ton angeben,
also den „Gewissen“ eben.
Der Kleine Mann hingegen weiß,
es ist sein Anstand und sein Fleiß,
der diesen Staat am Leben hält,
trotz Neid und Mißgunst auf der Welt.
Doch wehe dem, der hier im Land,
des Bogens Leistung überspannt,
der wird den Staat zugrunde richten,

und Glück und Wohlstand gar vernichten.
Die Politik kann man vergessen,
man sieht es deutlich jetzt in Hessen.
Es ist ein Hauen und ein Stechen,
ein Ränkespiel gar zum Erbrechen.
Wer kann den Menschen gar noch trauen,
man ist geschockt und denkt mit Grauen,
an das, was da noch kommen mag
und schleppt sich fort so Tag für Tag.
Man folgt dem allgemeinen Sog,
zum wohlgefüllten Futtertrog.
Der Zug nach Links liegt voll im Trend.
Obwohl man weiß und auch erkennt,
wohin die Richtung letztlich führt,
zeigt man sich davon kaum berührt.
Man spielt so lange mit dem Feuer,
bis daß es brennt, und das wird teuer.
Was hier geschieht, das ist kein Spaß,
die Schuldigen, die wissen das!
In unserem Land ist vieles faul,
doch wer was sagt, kriegt eins aufs Maul.
Besonders Rechte will man meiden,
die sind bestimmt nicht zu beneiden.
Da glauben doch manche, sie wären die Mitte,
und dabei trennen sie nur wenige Schritte
von strammen Genossen und roten Phantasten,
wir tragen noch heute an deren Lasten.
Der Michel hingegen döst so vor sich hin,
er träumt von dem Zaster und von viel Gewinn.
Derweil wird der Staat bereits global erfaßt,
wobei er verblendet ins Unglück wohl rast.

Der ausmanövrierte Rechtsstaat



Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier schlägt Alarm: Der Schutz der Grundrechte, dem der deutsche Rechtsstaat aus gutem Grund hohen Stellenwert einräumt, wird im Namen des „Kampfs gegen Terror“ auch durch über-nationale Organisationen ausgehöhlt.

Papier bezieht sich auf die „Terrorliste“ des Sanktionsausschusses des UN-Sicherheitsrates, der rund 500 Personen und Organisationen als Taliban- oder al-Qaida-Unterstützer unter Quarantäne stellt. Der Haken: Wer auf dieser Liste landet, schuldig oder nicht, kann gar nichts mehr machen.

Er ist rechtlos, vogelfrei, auch wenn er nur durch einen Irrtum oder bösen Willen ins Visier kam – es gibt praktisch kein Rechtsmittel, um sich dagegen zu wehren. Seiner bürgerlichen – wenn er in Guantanamo landet, auch seiner physischen – Existenz droht die Vernichtung.

Die EU hat laut Papier die Sanktionen gegen die in der UN-Terrorliste Genannten in ihr Gemeinschaftsrecht übernommen. Der Fall ist symptomatisch für die Aushöhlung nationalstaatlicher Rechts- und Sicherheitsgarantien durch unkontrollierbare internationale Orwell-Instanzen. **Höchste Zeit, daß das EU-Recht systematisch auf den Prüfstand unserer Verfassungs- und Rechtsordnung kommt, bevor wir womöglich nichts mehr zu prüfen haben. Nicht die EU, sondern unsere Verfassung muß im Zweifelsfall das letzte Wort haben.**

Deutschland im Ausverkauf

Die politische Klasse feiert sich selbst, das Volk bleibt draußen vor der Türe stehen. So hätten sie's wohl gerne – die Abstimmung über den neuen EU-Vertrag, der nichts anderes ist als die wegen Ablaufs des Haltbarkeitsdatums umverpackte sogenannte „EU-Verfassung“, hat das mal wieder eindrucksvoll demonstriert.

Mit Demokratie hat das nur noch am Rande zu tun. Der Vertrag von Lissabon greift massiv in die Rechte des Souveräns des deutschen Nationalstaats, des deutschen Volkes, ein. Der Vorrang des EU-Rechts vor nationalem Recht wird darin festgeschrieben. Sogar das Grundgesetz muß geändert werden, um den Vertrag erfüllen zu können. Eine Schande, daß das Volk darüber nicht entscheiden soll. Noch fehlt die Absegnung des Lissabon-Vertrags durch den Bundesrat. Die Republikaner kämpfen weiter dafür, daß das Volk gefragt werden muß, wenn ein von der Regierung geschlossener Vertrag massiv in seine Rechte eingreift.

Absender nicht vergessen!

Name

Straße

PLZ/Ort

Telefonnummer

- Ich wünsche weitere Informationen.
- Ich möchte Mitglied werden.
- Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.

Nutzen Sie Ihren Informationsgutschein!



Einfach ausschneiden, ausfüllen, einkuvertieren und absenden an folgende Adresse:

**DIE
REPUBLIKANER**
Bundesverband
Postfach 5201 29
48087 Münster

Spendenkonto:

Postbank Dortmund
Konto-Nr. 387 450 460
BLZ: 440 100 46

SO ERREICHEN SIE UNS:



Telefon: (0 18 05) 737-000

Telefax: (0 18 05) 737-111

E-Mail: info@rep.de

www.rep.de

Impressum

DIE REPUBLIKANER, Bundesverband
Postfach 8702 10, 13162 Berlin
Telefon (0 18 05) 737-000 (14 ct./min.), Fax (0 18 05) 737-111 (14 ct./min.)
E-Mail: info@rep.de, Internet: www.rep.de
V.i.S.d.P.: U. Winkelsett